

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Christel Humme, Hildegard Wester, Ingrid Arndt-Brauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Irmingard Schewe-Gerigk, Ekin Deligöz, Katrin Dagmar Göring-Eckardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/8790 –

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler

Familie ist, wo Kinder sind – Politik für ein familien- und kinderfreundliches Deutschland

A. Problem

Die berechtigten Interessen von Familien sollen auf allen Ebenen berücksichtigt werden. Die jetzige Regierung habe den Reformstau aufgelöst und materielle Besserstellungen herbeigeführt, u. a. durch: Erhöhungen des Kindergeldes, Einführung eines Freibetrages für Erziehung und Betreuung oder Ausbildung, Absetzbarkeit von erwerbsbedingten Betreuungskosten sowie Verbesserungen beim Erziehungsgeld und BAföG. Daneben habe die Bundesregierung auch die Rahmenbedingungen für Familien verbessert; beispielsweise durch Maßnahmen zur Erhöhung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Verankerung eines Anspruchs auf gewaltfreie Erziehung und Stärkung des Schutzes vor häuslicher Gewalt im Zivilrecht. Die Bundesregierung soll diesen Weg fortsetzen und dabei einen Schwerpunkt auf den Ausbau eines bedarfsgerechten und hochwertigen Tagesbetreuungsangebotes in allen Regionen Deutschlands legen.

B. Lösung

Annahme des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Eine Kostenabschätzung wurde nicht vorgenommen.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag – Drucksache 14/8790 – anzunehmen.

Berlin, den 5. Juni 2002

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Christel Riemann-Hanewinkel
Vorsitzende

Christel Humme
Berichterstatterin

Maria Eichhorn
Berichterstatterin

Irmgard Schewe-Gerigk
Berichterstatterin

Ina Lenke
Berichterstatterin

Monika Balt
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Christel Humme, Maria Eichhorn, Irmingard Schewe-Gerigk, Ina Lenke und Monika Balt

I. Überweisung

Der Entschließungsantrag – Drucksache 14/8790 – wurde in der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. April 2002 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die berechtigten Interessen von Familien sollen nach dem Willen der Antragsteller auf allen Ebenen verstärkt berücksichtigt werden. Die jetzige Bundesregierung habe nach Vorfinden einer negativen Bilanz den Reformstau aufgelöst und materielle Besserstellungen für Familien herbeigeführt. Diese kämen u. a. durch Regelungen in folgenden Bereichen zum Tragen: Kindergelderhöhung, Ausweitung kindbezogener steuerlicher Freibeträge, Regelungen im Zuge der Steuer- und Rentenreform, Änderungen beim Erziehungsgeld, BAföG und Kindesunterhaltsrecht. Daneben hätten sich auch die sonstigen Rahmenbedingungen für Familien verbessert, und zwar durch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf (gleichzeitige Inanspruchnahme von Elternzeit durch beide Eltern, Anspruch auf Teilzeitarbeit), die Verankerung von gewaltfreier Erziehung und Schutz vor häuslicher Gewalt im Zivilrecht, Schaffung eines kleinen Sorgerechts und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Bundesregierung soll auf diesem Weg weiter gehen und dabei einen Schwerpunkt auf den Ausbau eines bedarfsgerechten und hochwertigen Tagesbetreuungsangebotes in allen Regionen Deutschlands legen, Familien mit geringem Einkommen gezielt fördern, das Sozialhilfesystem reformieren und den Familienleistungsausgleich mittelfristig weiterentwickeln.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 132. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Annahme empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag in seiner 130. Sitzung vom 15. Mai 2002 beraten. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 69. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 106. Sitzung vom 15. Mai 2002 beraten. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abstimmungsergebnisse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 92. Sitzung am 5. Juni 2002 die Vorlage beraten und beschlossen, den Entschließungsantrag anzunehmen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gefasst.

2. Inhalt der Ausschussberatungen

Im Ausschuss bestand Einvernehmen darüber, dass weitere Verbesserungen für Familien notwendig seien.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte die in den vergangenen Jahren erreichten Verbesserungen in der Familienpolitik. Finanzielle Besserstellungen durch die Steuerreform, Änderungen im BAföG und Kindergeld seien erfolgt. Das Wohngeld sei erhöht worden, ebenso das Erziehungsgeld, das zuvor 14 Jahre unverändert geblieben sei. 26 Mrd. DM mehr seien für Familien investiert worden. Als ganz wesentliches Ziel wurde die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf genannt, weshalb man erwerbsbedingte Betreuungskosten jetzt absetzbar gemacht habe. Als Verbesserungen der Rahmenbedingungen wurden die Flexibilisierung von Elternzeit und der Anspruch auf Teilzeitarbeit hervorgehoben. Der Festlegung der gewaltfreien Erziehung als Leitbild komme besondere Bedeutung zu. Neben der finanziellen Absicherung brauche man noch weitere Verbesserungen der Infrastruktur. Dringlichste Aufgabe sei der Ausbau eines bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Tagesbetreuungsangebotes in allen Regionen Deutschlands. In Kinderbetreuungseinrichtungen würden die Grundlagen für die Bildungs- und Lebenschancen der Kinder gelegt. Fehlende Ganztagsbetreuung erschwere die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, wodurch das Armutsrisiko von Familien steige.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erinnerte an Veränderungen in der Familienpolitik von 1982 bis 1998: Einführung von Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Erziehungszeiten in der Rente, Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz, Erhöhung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende. Insgesamt wurden die Leistungen für Familien mit Kindern von etwa 27 Mrd. DM auf rund 75 Mrd. DM verdreifacht. Nun gehe die Einkommensschere zwischen Kinderlosen und Familien immer weiter auseinander. Kritisiert wurde, dass Betreuungskosten nur bei Erwerbstätigkeit beider Eltern absetzbar seien. Die Rentenreform benachteilige Frauen durch die Abschaffung der Witwenrenten. Die Regelungen zur Teilzeitarbeit

seien kontraproduktiv. Die CDU/CSU werde mit der Familienoffensive neue Wege beschreiten: Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Schaffung familienfreundlicher Arbeitsplätze, besserer Betreuung und finanzieller Gerechtigkeit. Diese werde man mit der Zahlung eines Familiengeldes, unabhängig von Erwerbstätigkeit und Einkommen, herstellen. Mit diesem Modell werde die Wahlfreiheit der Frau unterstützt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** plädierte für eine gerechte Verteilung von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit. Diese solle nicht allein durch staatliche Kinderbetreuung erfolgen, sondern auch dadurch, dass Väter Familienarbeit übernehmen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach sich für eine Kindergrundsicherung aus, die man durch Abschaffung des Ehegattensplittings finanzieren wolle. Hiermit könne man das Abgleiten von Familien in die Sozialhilfe verhindern. Das Konzept der Union sei nicht glaubwürdig und auch nicht gerecht. Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezeichnete flächendeckende Kinderbetreuung als sehr wichtiges Thema. Diese Einrichtungen seien Bildungseinrichtungen und keine Verwahranstalten, für die eine hohe Qualität verlangt werden müsse.

Die **Fraktion der FDP** meinte, bis jetzt habe die Bundesregierung gerade in der Betreuungssituation überhaupt nichts

unternommen. Es gebe weder Gespräche mit den Ländern noch ernsthafte Angebote zur Hilfe an die Kommunen. Dabei sei unter dem Strich die Kinderbetreuung das wichtigste Element für die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf. Betreuungskosten müssten für Erwerbstätige als Werbungskosten oder für Selbständige als Betriebsausgaben vollständig absetzbar sein und nicht erst ab einer bestimmten Höhe. Der Rechtsanspruch auf Teilzeit sei kontraproduktiv: er nütze nur denen, die schon im Berufsleben stehen, erschwere aber die Suche für zukünftige Anwärtnerinnen, da er Arbeitgeber abschrecke.

Die **Fraktion der PDS** begrüßte die Forderung, Familien durch bessere Kinderbetreuung stärker zu unterstützen. Sehe man Kinderbetreuungseinrichtungen als Bestandteil des Erziehungs- und Bildungssystems, müsse man sich auch der Frage einer Beteiligung des Bundes stellen. Betreuungseinrichtungen sollten langfristig beitragsfrei sein. Solange noch Beiträge erhoben werden, sollten die Eltern ihre Kosten zu einem einheitlichen Steuersatz geltend machen können. Dennoch teile man die aufgestellten Forderungen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen, wirtschaftliche Förderung von Familien und Reform der Sozialhilfe im Sinne des Förderns und Forderns.

Berlin, den 5. Juni 2002

Christel Humme
Berichterstatlerin

Maria Eichhorn
Berichterstatlerin

Irmingard Schewe-Gerigk
Berichterstatlerin

Ina Lenke
Berichterstatlerin

Monika Balt
Berichterstatlerin